



Land **Burgenland**

Abteilung 9 – EU, Gesellschaft und Förderwesen
Referat EU-Programme, Wissenschaft und Kultur

Richtlinie des Landes Burgenland für die Förderung nach dem Burgenländi- schen Kulturförderungsgesetz

Inhalt

Präambel	3
§ 1 Anwendungsbereich, Förderungsstrategie und Begriffsbestimmungen.....	3
§ 2 Förderungsvoraussetzungen	4
§ 3 Art und Ausmaß der Förderung	6
§ 4 Vorzulegende Unterlagen	6
§ 5 Verfahren	8
§ 6 Förderungsvertrag	9
§ 7 Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung	10
§ 8 Kürzung, Evaluierung und Rückforderung.....	10
§ 9 Vergaberecht	11
§ 10 Datenschutz.....	11
§ 11 Inkrafttreten.....	11

Präambel

Das Land Burgenland bekennt sich zur nachhaltigen Stärkung von Kunst, Kultur und Wissenschaft sowie zur Bewahrung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes. Auf Grundlage des Burgenländischen Kulturförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 9/1981 idGF, werden Förderungen aus den im Landesbudget vorgesehenen Mitteln gewährt, um ein vielfältiges, qualitätsvolles und zeitgemäßes Kultur- und Wissenschaftsleben im Burgenland zu ermöglichen.

Die Förderungsgewährung orientiert sich an den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie am Prinzip der Nachhaltigkeit. Dabei ist auf eine ausgewogene Förderung zwischen kulturellem Erbe der Vergangenheit und zeitgenössischem kulturellem Schaffen zu achten; ein Schwerpunkt liegt auf regionalen und lokalen Kulturaktivitäten, niederschweligen Partizipationsmöglichkeiten und Kulturvermittlungsangeboten.

Diese Richtlinien schaffen einen transparenten, nachvollziehbaren und rechtskonformen Rahmen für Projekt- und Basisförderungen, regeln die wesentlichen Voraussetzungen und Verfahrensschritte und stellen sicher, dass öffentliche Mittel zielgerichtet, wirksam und kontrollierbar eingesetzt werden. Ein subjektiver Rechtsanspruch auf Förderung oder auf eine bestimmte Art oder Höhe der Förderung besteht nicht.

§ 1 Anwendungsbereich, Förderungsstrategie und Begriffsbestimmungen

- (1) Diese Richtlinien regeln die Gewährung von Förderungen für die in § 2 des Burgenländischen Kulturförderungsgesetzes angeführten Bereiche „Betrieb kultureller Einrichtungen“, „kulturelles Ausstellungswesen“, „Bildende Kunst“, „Darstellende Kunst“, „Denkmal- und Ortsbildpflege“, „Festspiele“, „Film und Fotografie“, „Gedenk- und Erinnerungskultur“, „Volksgruppen, Volkskultur und kulturelles Erbe (Heimat- und Brauchtumpflege)“, „Kulturaustausch“, „Literatur“, „Medien“, „Museumswesen“, „Musik“, „schöpferische Freizeitgestaltung und Kulturanimation“, „Volkskunst“, „Wissenschaftliches Archiv- und Bibliothekswesen“ sowie Wissenschaft aus den im Landesbudget für diese Bereiche vorgesehenen Mitteln. Die übrigen im Kulturbudget vorgesehenen Mittel sind für die anderen in § 2 des Burgenländischen Kulturförderungsgesetzes angeführten Bereiche zweckgewidmet und sind von diesen Richtlinien nicht erfasst.
- (2) Förderungen können nur nach Maßgabe der im Voranschlag des Landes dafür bereitgestellten Mittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Vorgaben des Burgenländischen Kulturförderungsgesetzes und des Grundsatzes der Nachhaltigkeit erfolgen. Bei der Gewährung von Förderungen ist auf eine ausgewogene Förderung zwischen kulturellem Erbe der Vergangenheit und zeitgenössischem kulturellem Schaffen zu achten und der Schwerpunkt auf regionale und lokale Kulturaktivitäten, niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten und Kulturvermittlungsangebote zu setzen. Die Landesregierung kann daher in spezifischen Förderungsbereichen Einschränkungen aus sachlichen bzw. förderungspolitischen Gründen vornehmen.

- (3) Förderungen nach diesen Richtlinien können entweder als Projektförderung oder als Basisförderung gewährt werden. Sowohl Projektförderungen als auch Basisförderungen können entweder einmalig oder für einen Zeitraum von 3 Jahren (mehrjähriger Förderungsvertrag) beantragt und gewährt werden. Die Gewährung von Projektförderungen zusätzlich zu einer Basisförderung ist zulässig, sofern das zu fördernde Vorhaben (Projekt) vom regulären Jahresprogramm bzw. den regulären kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung abweicht.
- (4) Auf eine Förderung, eine bestimmte Art oder Höhe der Förderung besteht kein subjektiver Rechtsanspruch. Ein Kontrahierungszwang seitens des Landes Burgenland besteht nicht.
- (5) Für jedes Projekt und jede Basisförderung ist ein gesonderter schriftlicher Förderungsantrag einzubringen.
- (6) Im Sinne dieser Richtlinien bedeuten:
- a. Projektförderung: Einzelförderung von sachlich umschriebenen, zeitlich begrenzten kulturellen Aktivitäten (Vorhaben) in einem der Kulturförderungsbereiche gemäß Abs. 1;
 - b. Basisförderung: Förderung der laufenden administrativen und organisatorischen sowie projektunabhängigen Gesamtaufwendungen (Infrastrukturkosten) einer Einrichtung, die für die Wahrnehmung der satzungsgemäßen kulturellen Aktivitäten in einem der Kulturförderungsbereiche gemäß Abs. 1 notwendig sind, damit ein qualitativer, ganzjähriger und kontinuierlicher Kulturbetrieb möglich wird. Ebenfalls im Rahmen der Basisförderung förderfähig sind die Kosten für das reguläre Jahresprogramm.

§ 2 Förderungsvoraussetzungen

- (1) Eine Förderung kann nur gewährt werden, wenn
- a. das zu fördernde Vorhaben (Projekt) oder die zu fördernde Einrichtung
 - i. einen Beitrag zur Erreichung der Ziele, wie sie im Burgenländischen Kulturförderungsgesetz, im Landesentwicklungsplan und in etwaigen anderen Landeskonzepten für die Bereiche Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft festgelegt sind, leistet,
 - ii. nicht vorwiegend der Verwirklichung anderer, wie z.B. kommerzieller, wirtschaftlicher, touristischer oder sozialer Ziele dient, und
 - iii. den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht, und
 - iv. eine Empfehlung zur Förderung des zuständigen Kulturbeirats gemäß § 5 Abs. 1 vorliegt; sowie
 - b. bei Förderungen für ein bestimmtes Vorhaben bis zu € 20.000 und Basisförderungen bis zu € 20.000 im Kalenderjahr:
 - i. eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt bzw. ein Beitrag zu einem breitgefächerten kulturellen Angebot, oder
 - ii. die Erhaltung und/oder Erforschung des kulturellen und landeskundlichen Erbes durch das zu fördernde Vorhaben oder durch die zu fördernde Einrichtung zu erwarten ist; und
 - c. bei Förderungen für ein bestimmtes Vorhaben über € 20.000 und bei Basisförderungen über € 20.000 im Kalenderjahr:

- i. Kulturveranstalter*innen und die zu fördernde Einrichtung sich der uneingeschränkten Bucheinsicht des Landes Burgenland oder eines/einer hierzu Beauftragten unterstellen, und
 - ii. eine Stärkung des kulturellen Angebots im Land sowie eine nachhaltige Bedeutung für die jeweilige Region gegeben ist; und
 - d. ein Burgenlandbezug gegeben ist:
 - i. die antragstellende natürliche Person ihren Hauptwohnsitz oder die antragstellende juristische Person ihren Sitz im Burgenland hat, oder
 - ii. das zu fördernde Vorhaben (Projekt) im Burgenland stattfindet bzw. die zu fördernde Einrichtung die kulturellen Aktivitäten im Burgenland entfaltet, oder
 - iii. das zu fördernde Vorhaben (Projekt) bzw. die zu fördernde Einrichtung einen besonderen kulturellen Beitrag zum Land Burgenland leistet oder im Interesse des Landes Burgenland liegt, oder
 - iv. das zu fördernde Vorhaben (Projekt) bzw. die zu fördernde Einrichtung einer Bekräftigung der kulturellen Eigenständigkeit des Landes Burgenland dient; und
 - e. aus den Projektunterlagen bzw. aus den Unterlagen für die Basisförderung zu schließen ist, dass das Projekt bzw. die kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung ohne Förderung nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können; und
 - f. der Kulturförderung Burgenland GmbH, der Landesregierung und ihren Kontrollinstanzen sowie von ihr hierzu beauftragten Organen das Recht zukommt, in sämtliche das geförderte Vorhaben bzw. bei Basisförderungen die Gesamtaufwendungen und -einnahmen der zu fördernden Einrichtung betreffende Unterlagen und Verträge Einsicht zu nehmen; und
 - g. der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin die Kompetenz des Landesrechnungshofes zur Prüfung der widmungsgemäßen Verwendung und Wirksamkeit der vom Land gewährten finanziellen Mittel zur Kenntnis nimmt; und
 - h. der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin der Veröffentlichung der Förderungsmaßnahme im Kulturbericht des Landes zustimmt; und
 - i. die fristgerechte und ordnungsgemäße Vorlage der Abrechnungen vorangegangener Basis bzw. Projektförderungen erfolgt ist.
- (2) Eine Förderung ist grundsätzlich nur zulässig, wenn vor Einbringen des Förderungsantrags mit der Umsetzung des zu fördernden Vorhabens (Projekt) noch nicht begonnen worden ist und sämtliche in der Vergangenheit diesem/dieser Projektträger*in gewährten Projektförderungen bereits vollständig abgerechnet und abgeschlossen sind. Bei Basisförderungen gilt dies entsprechend für in der Vergangenheit gewährte Basisförderungen.
- (3) Der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin hat der Kulturförderung Burgenland GmbH (Förderungsstelle) alle Ereignisse, welche die Durchführung des geförderten Projekts verzögern oder unmöglich machen oder eine Abänderung gegenüber dem Förderungsantrag oder vereinbarten Auflagen und Bedingungen erfordern würden, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Das Land Burgenland behält sich vor, die ursprüngliche Zusage von Förderungsmitteln neuerlich zu überprüfen und gegebenenfalls neue Bedingungen und Auflagen vorzusehen, oder die bereits ausbezahlten Förderungsmittel ganz oder teilweise zurückzufordern.
- (4) Mehrjährige Förderungen auf die Dauer von 3 Jahren dürfen nur gewährt werden, wenn der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin

- a. in den letzten fünf Kalenderjahren vor Antragstellung jährlich einen qualitätvollen, saisonalen Festspielbetrieb bzw. überregional bedeutende Kunst- oder Kulturprojekte durchgeführt hat und – sofern diese in der Vergangenheit gefördert wurden – die Förderungsbedingungen vereinbarungsgemäß entsprechend den Förderungsverträgen erfüllt hat; bei Basisförderungen muss die betreffende Einrichtung die satzungsgemäßen kulturellen Aktivitäten im vollen Umfang durchgeführt haben; und
- b. die Fördermittel widmungsgemäß verwendet, ordnungsgemäß abgerechnet sowie die verlangten Berichte der Förderungsstelle vorgelegt hat.

§ 3 Art und Ausmaß der Förderung

- (1) Für Höhe und Umfang der Förderung sind die budgetäre Situation des Landes sowie die zuvor unter § 2 genannten Kriterien maßgebend.
- (2) Der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin hat die finanziellen Aspekte des Projekts unter Beachtung der Grundsätze der Richtigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu planen sowie das Projekt sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig umzusetzen. Bei Basisförderungen gelten diese Grundsätze für die Gesamtaufwendungen der zu fördernden Einrichtung.
- (3) Projektkosten sind alle dem Projekt zurechenbaren Ausgaben bzw. Aufwendungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem zu fördernden Vorhaben und Projekt stehen. Nicht förderbare Projektkosten sind kalkulatorische Kosten, nicht vom Projektträger bzw. von der Projektträgerin tatsächlich getätigte Ausgaben und Kosten für Verpflegung für Besucherinnen und Besucher. Eigenleistungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen (wenn im Projektantrag schlüssig erläutert ist, dass sie für das Zustandekommen des Projektes unerlässlich sind und mit ausführlichen Stundenlisten nachgewiesen werden) bis max. € 15 pro nachgewiesene Arbeitsstunde förderfähig. Bei Basisförderungen gelten diese Grundsätze für die Gesamtaufwendungen, die für die kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung unabdingbar sind (wie z.B. Miet-, Büro und Personalkosten).
- (4) Die auf die Kosten des geförderten Vorhabens (Projekts) entfallende Umsatzsteuer ist nicht förderbar, wenn der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin hinsichtlich des Vorhabens (Projekts) vorsteuerabzugsberechtigt ist. Dies gilt auch für Basisförderungen.
- (5) Bei finanziellen Förderungen ist die Zurückbehaltung von bis zu 25 % der Fördersumme bis zur vollständigen Abrechnung des Projekts zulässig.
- (6) Die Projektförderungen sind unabhängig vom Projektvolumen mit einer Höhe von € 120.000 limitiert. Basisförderungen sind mit € 120.000 im Kalenderjahr limitiert. Bei mehrjährigen Förderungen erhöht sich das maximale Förderungsvolumen für den gesamten Förderungszeitraum entsprechend.

§ 4 Vorzulegende Unterlagen

- (1) Die Zuleitung der Förderungsanträge an den Beirat erfolgt mindestens dreimal im Jahr.

- (2) Der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin hat den Förderungsantrag schriftlich zu stellen. Förderungsanträge können laufend eingebracht werden, spätestens jedoch am 1.2. für eine Berücksichtigung des Förderungsantrags in der ersten Förderungsperiode, spätestens am 1.5. für eine Berücksichtigung in der zweiten Förderungsperiode, und spätestens am 1.10. für eine Berücksichtigung in der dritten Förderungsperiode. Wird von der Förderungsstelle dafür ein Formular bereitgestellt, ist der Förderungsantrag unter Verwendung dieses Formulars zu stellen. Der Antrag ist bei juristischen Personen oder Vereinen durch die vertretungsbefugte Person bzw. die vertretungsbefugten Personen zu unterfertigen. Die Förderungsstelle kann künftig auch eine digitale Einreichmöglichkeit über ein elektronisches Antragssystem vorsehen; in diesem Fall gilt eine ordnungsgemäße elektronische Übermittlung der schriftlichen Einreichung gleich.
- (3) Förderungsanträge für mehrjährige Förderungsverträge und Basisförderungen können jeweils nur in der dritten Förderungsperiode des vorangehenden Jahres für eine Förderung ab dem darauffolgenden Jahr und in der ersten Förderungsperiode bearbeitet werden. Ein Förderungsantrag für einen mehrjährigen Förderungsvertrag ist daher immer bis spätestens 1.2. des ersten zu fördernden Jahres zu stellen. Wird ein Förderungsantrag für einen mehrjährigen Förderungsvertrag entweder nach dem 1.2. gestellt oder erfüllt das Projekt bzw. die Einrichtung nicht die für einen mehrjährigen Förderungsvertrag erforderlichen Voraussetzungen, wird dieses automatisch in einen Antrag um einmalige Förderung umgedeutet. Der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin kann dieser Umdeutung ausdrücklich und schriftlich widersprechen.
- (4) Alle Förderungsanträge, die fristgerecht eingebracht wurden, gelten als gleichzeitig eingebracht.
- (5) Der Antrag hat eine aussagekräftige und ausführliche Beschreibung des zu fördernden Projekts bzw. der kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung während des Kalenderjahres, für das die Basisförderung gewährt werden soll, zu enthalten. Dem Antrag sind beizulegen:
- a. der Nachweis der Erfüllung der Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 Z 4, wobei zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 Z 4 lit. a folgende Unterlagen vorzulegen sind:
 - i. bei antragstellenden natürlichen Personen: ZMR-Ausdruck, welcher nicht älter als drei Jahre ist,
 - ii. bei antragstellenden juristischen Personen: Firmenbuch-Auszug bzw. Auszug aus dem Stiftungs- und Fondsregister des Bundesministeriums für Inneres, welcher nicht älter als drei Monate ist,
 - iii. bei antragstellenden Vereinen: ein Vereinsregisterauszug, welcher nicht älter als drei Monate ist;
 - b. eine ausführliche Beschreibung des zu fördernden Projekts unter Angabe des Beginns und der Dauer sowie Darlegung, für welche Tätigkeiten innerhalb des Projekts die Fördermittel verwendet werden sollen; bei Basisförderungen eine ausführliche Beschreibung der kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung während des Kalenderjahres, für das die Basisförderung gewährt werden soll,
 - c. ein Finanzierungsplan, welcher jedenfalls eine Gegenüberstellung der Eigenmittel, der voraussichtlichen Erträge sowie der Drittfinanzierungen bzw. des Sponsorings (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) enthält;
 - d. Förderungsanträge an bzw. Förderungszusagen sowie Fördermittel von anderen Stellen des Landes Burgenland oder anderer Gebietskörperschaften (Bund, Gemeinde, Stadt) und Rechtsträger für das gegenständliche Projekt bzw. die gegenständliche Basisförderung;

- e. eine Aufstellung der in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung auf Förderung erhaltenen Förderungen durch Förderungsstellen des Landes Burgenland, der Gemeinde/Stadt und des Bundes;
 - f. die schriftliche Bestätigung im Förderungsantrag darüber, dass in den letzten drei Jahren kein Insolvenzverfahren anhängig war und insbesondere zum Zeitpunkt der Antragstellung über das Vermögen kein Insolvenzverfahren eröffnet ist;
 - g. eine schriftliche Erläuterung über das Vorliegen der fachlichen Voraussetzungen zur Durchführung des zu fördernden Vorhabens bzw. bei Antrag auf Basisförderung zur Durchführung der kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtung;
 - h. ein unterfertigtes Formular der Kenntnisnahme der Richtlinien, der Datenschutzerklärung und Förderbedingungen des Landes.
- (6) Die Förderungsstelle kann jederzeit weitere, für die Beurteilung des Förderungsantrags notwendige Unterlagen unter Fristvorgabe verlangen.
- (7) Ein trotz Verbesserungsersuchen der Förderungsstelle nicht den Vorgaben entsprechender Förderungsantrag sowie die Nichtvorlage der nach Abs. 6 angeforderten Unterlagen binnen angemessener Frist hat die Zurückweisung des Förderungsantrags zur Folge.
- (8) Bei mehrjährigen Förderungsanträgen haben sich die Angaben gemäß Abs. 6 auf den gesamten beantragten Förderungszeitraum zu beziehen.

§ 5 Verfahren

- (1) Alle Förderungsanträge sind gesammelt dem jeweils zuständigen Kulturbeirat gemäß § 5 Burgenländisches Kulturförderungsgesetz vorzulegen und einer Beurteilung sowohl fachlich-inhaltlich als auch hinsichtlich der Angemessenheit der Kosten und Schlüssigkeit der Gesamtfinanzierung zu unterziehen. Der Kulturbeirat hat innerhalb einer angemessenen Frist unter Bedachtnahme auf die Grundsätze gemäß § 1 Abs. 2 eine Empfehlung zur Gewährung der Förderung und auch hinsichtlich der Höhe und zur allfälligen Mehrjährigkeit abzugeben. Dabei ist auch darauf Bedacht zu nehmen, ob der Förderungswerber über die zur Durchführung des zu fördernden Vorhabens notwendigen fachlichen und künstlerischen Voraussetzungen verfügt. Der Kulturbeirat hat die Förderungsanträge insbesondere hinsichtlich der in § 2 genannten Kriterien zu prüfen und in seiner Empfehlung eine Reihung der zu gewährenden Förderungen samt Begründung vorzunehmen, dabei können auch Aspekte von Fair Pay berücksichtigt werden. Diese Reihung erfolgt anhand eines Punktesystems. Die Ergebnisse der Prüfvorgänge sind im Rahmen eines Protokolls schriftlich festzuhalten.
- (2) Sobald sämtliche Empfehlungen der jeweils zuständigen Kulturbeiräte vorliegen, ist durch die Kulturförderung Burgenland GmbH aus den bestehenden Empfehlungen eine konsolidierte, inhaltlich begründete, schriftliche Gesamtempfehlung zu erstellen, in welcher eine Reihung der zu gewährenden Förderungen sowie eine konkrete Empfehlung zur jeweiligen Höhe vorgesehen ist. Die Reihung ergibt sich aus den durch die Kulturbeiräte vergebenen Punkten.
- (3) Bei den abgegebenen Empfehlungen der einzelnen Kulturbeiräte und der sich daraus ergebenden Gesamtempfehlung handelt es sich um unverbindliche Empfehlungen von Personen mit

Sachverständigenwissen, welche bei der Gewährung von Förderungen jedoch zu berücksichtigen sind. Sollte bei der Gewährung der Förderungen davon abgewichen werden, ist dies schriftlich unter Angabe der Gründe zu dokumentieren.

- (4) Nach der Entscheidung des Landes Burgenland über die Gewährung der Förderung erfolgt der Abschluss eines Förderungsvertrags mit dem Förderungswerber bzw. der Förderungswerberin. Die Förderungszu- bzw. -absagen werden schriftlich durch die Kulturförderung Burgenland GmbH übermittelt. Für die administrative Abwicklung des Verfahrens ist die Kulturförderung Burgenland GmbH zuständig.
- (5) Im Falle einer Ablehnung des Förderungsantrags ist der Förderungswerber bzw. die Förderungswerberin berechtigt, Auskunft über die Ablehnungsgründe zu erhalten.

§ 6 Förderungsvertrag

- (1) Wird eine Förderung gewährt, kommt ein Förderungsvertrag zustande. Dieser hat grundsätzlich zu enthalten:
 - a. den Namen des Förderungsnehmers bzw. der Förderungsnehmerin und des zu fördernden Projekts;
 - b. die Art der Förderung, bei Geldleistungen die maximale Fördersumme;
 - c. den Förderungszweck;
 - d. den Zeitpunkt der vereinbarten oder beabsichtigten Förderungsleistung;
 - e. die Festlegung der Verwendungsnachweise;
 - f. den Zeitpunkt der Vorlage der Verwendungsnachweise und Abrechnungen des Projekts;
 - g. die Zustimmung des Förderungsnehmers bzw. der Förderungsnehmerin, dass das geförderte Vorhaben (Projekt), die Art, der Zweck und die Höhe der Förderung im jährlich erscheinenden „Kulturbericht“ veröffentlicht werden; und
 - h. die Verpflichtung des Förderungsnehmers bzw. der Förderungsnehmerin zur Verwendung des bzw. der vom Land Burgenland genannten Logos (Publizität) in angemessener und lesbarer Form und, wenn möglich, die Anbringung des Hinweises „Gefördert durch das Land Burgenland“ auf sämtlichen geeigneten Medien bzw. auf eine andere dem Projektformat angepasste Form, um auf die Förderung des Landes Burgenland hinzuweisen.
- (2) Darüber hinaus kann der Förderungsvertrag Vereinbarungen, insbesondere den Erfolg des Projekts sichernde sowie die Besonderheiten des Einzelfalles berücksichtigende Bedingungen und Auflagen enthalten.
- (3) Nebenabreden bedürfen der Schriftform.
- (4) Die Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder sonstige Verfügung von bzw. über Ansprüche des Förderungsnehmers aus einer vom Land Burgenland zugesagten Förderung ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Landes Burgenland zulässig.
- (5) Die Förderungsstelle kann bei mehrjährigen Förderungsverträgen vereinbaren, dass die in einem Kalenderjahr nicht verwendeten Fördermittel für die vereinbarten Projekte, bei Basisförderung für die kulturellen Aktivitäten der zu fördernden Einrichtungen der darauffolgenden Kalenderjahre des Förderungszeitraumes verwendet werden dürfen.

§ 7 Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung

- (1) Der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin hat die Realisierung des Projekts, die vorgenommenen kulturellen Aktivitäten im Kalenderjahr, für die die Basisförderung gewährt wurde, und die widmungsgemäße Verwendung der Förderung unaufgefordert bis zu dem im Förderungsvertrag festgesetzten Zeitpunkt nachzuweisen.
- (2) Um eine widmungsgemäße Verwendung nachzuvollziehen, ist insbesondere eine detaillierte Aufstellung der Ein- und Ausgaben und eine detaillierte Belegaufstellung betreffend das geförderte Vorhaben zu übermitteln. Weiters kann durch die Förderungsstelle ein Prüfungsvermerk von Wirtschaftsprüfer*innen eingefordert werden. Bei Basisförderungen hat die geförderte Einrichtung unaufgefordert eine detaillierte Gegenüberstellung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben des Kalenderjahres, für das die Basisförderung gewährt wurde, vorzulegen.
- (3) Der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin hat sämtliche das geförderte Projekt bzw. die Basisförderung betreffende Unterlagen unbeschadet sonstiger rechtlicher Regelungen, die eine längere Aufbewahrung vorsehen, entsprechend der diesbezüglichen Vorgaben im Förderungsvertrag 10 Jahre lang ab Vertragsabschluss aufzubewahren.
- (4) Die Erledigung eines Förderungsantrags für ein neues Projekt des gleichen Förderungswerbers bzw. der gleichen Förderungswerberin ist von der Vorlage des ordnungsgemäßen Nachweises der widmungsgemäßen Verwendung einer früheren, bereits gänzlich abgeschlossenen Förderung abhängig zu machen.
- (5) Die Förderungsstelle und ihre Kontrollinstanzen sowie von ihr hierzu beauftragte Organe sind berechtigt, in sämtliche das geförderte Vorhaben (Projekt) bzw. die Basisförderung betreffenden Unterlagen und Verträge Einsicht zu nehmen. Der Förderungsstelle und ihren Kontrollinstanzen sind sämtliche verlangten Auskünfte umgehend und wahrheitsgemäß zu erteilen oder erteilen zu lassen.

§ 8 Kürzung, Evaluierung und Rückforderung

- (1) Das Land Burgenland kann
 - a. den zugesagten Förderbetrag anteilig im Verhältnis zu den im Rahmen des geförderten Projekts tatsächlich geringer getätigten förderfähigen Ausgaben und/oder höher erzielten Einnahmen des Förderungsnehmers kürzen, und/oder
 - b. eine Evaluierung des geförderten Projekts bzw. der kulturellen Aktivitäten in dem Kalenderjahr, für das die Basisförderung gewährt wurde, insbesondere hinsichtlich des Inhalts, Erfolges und der Erreichung der in § 2 Abs. 1 genannten Ziele verlangen.
- (2) Eine nach diesen Richtlinien gewährte Förderung ist zurückzuzahlen, wenn
 - a. die Förderung aufgrund unrichtiger Angaben gewährt wurde; oder
 - b. die Förderung ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurde; oder
 - c. die Förderung ganz oder teilweise nicht verwendet wurde; oder
 - d. die Bedingungen der Förderung nicht eingehalten wurden; oder
 - e. das Land Burgenland in anderer Weise irregeführt wurde; oder

- f. über das Vermögen des Förderungsnehmers bzw. der Förderungsnehmerin das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Kostendeckung abgewiesen wurde; oder
 - g. die geforderte Publizität (z.B. Logo etc.) nicht nachvollziehbar erfüllt wurde; oder
 - h. trotz schriftlicher Mahnung der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung nicht vorgelegt wurde; oder
 - i. bei der Projektabwicklung die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit missachtet wurden bzw. bei der Basisförderung die Aufwendungen der zu fördernden Einrichtung nicht diesen Grundsätzen entsprechen.
- (3) In sozialen Härtefällen kann eine Ratenvereinbarung getroffen oder von einer Rückforderung abgesehen werden.

§ 9 Vergaberecht

Der Förderungsnehmer bzw. die Förderungsnehmerin hat bei der Vergabe von Aufträgen die im Förderbereich allfällig anzuwendenden vergabe- und wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

§ 10 Datenschutz

- (1) Datenschutzrechtlicher Verantwortlicher gemäß Art. 4 Z 7 der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO), ABl. Nr. L 119 vom 04.05.2016 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 74 vom 04.03.2021 S. 35, ist das Land Burgenland – Amt der Burgenländischen Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt.
- (2) Datenschutzrechtlicher Auftragsverarbeiter gemäß Art. 4 Z 8 DSGVO ist die Kulturförderung Burgenland GmbH, Franz Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt.
- (3) Die personenbezogenen Daten werden datenschutzkonform unter Anwendung aller geltenden unionsrechtlichen und nationalen datenschutzrechtlichen Regelungen, insbesondere der DSGVO und des Datenschutzgesetzes – DSG, BGBl. I Nr. 165/1999, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 50/2025, verarbeitet.
- (4) Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Bearbeitung und Abwicklung des Ansuchens auf Kulturförderung aufgrund der gegenständlichen Richtlinie.

§ 11 Inkrafttreten

- (1) Diese Richtlinien treten mit 1. Jänner 2026 in Kraft und sind auf ab dem 1. Jänner 2026 gestellte Förderungsanträge anzuwenden. Gleichzeitig treten die Richtlinien für die Förderung nach dem Burgenländischen Kulturförderungsgesetz, veröffentlicht im Landesamtsblatt 7. Stück vom 07.02.2023, außer Kraft.

(2) Für Förderungsanträge, die bis einschließlich 31. Dezember 2025 eingebracht werden, erfolgt die Abwicklung nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Richtlinien.